

Leo Wohleb

(* 2. September 1888 in Freiburg im Breisgau; † 12. März 1955 in Frankfurt am Main)
war Staatspräsident des ehemaligen deutschen Bundeslandes Baden.

Leben

Am 2. September 1888 in Freiburg im Breisgau geboren, wuchs Leo Wohleb in behüteten und wirtschaftlich gesicherten Verhältnissen auf. Er war das erste Kind aus der Ehe des Joseph Wohleb mit der Luise Stephanie, geb. Streicher, aus Gottenheim am Kaiserstuhl. Der Vater, Buchhalter in einem Rechtsanwaltsbüro und zugleich Verrechner der Kirchensteuerkasse der Stadtpfarrei von St. Martin, entstammte einer alteingesessenen Freiburger Bürgerfamilie. Leo wurde wie sein Bruder Ludolph Joseph (8. Juni 1892-24. Januar 1960) und seine ebenfalls nachgeborene Schwester Amelie in kirchlich geprägter katholischer Tradition erzogen. Sein Vater gehörte der badischen Zentrumsparlei an und auch Leo fühlte sich, wie er selbst einmal schrieb, aus Tradition und Überzeugung [dem] sozialen Flügel des Zentrums verbunden, ohne allerdings in der Partei selbst politisch aktiv hervorzutreten.

Im Bertholdgymnasium, einem Freiburger humanistischen Gymnasium, erwies sich der junge Leo als glänzender Schüler, der zahlreiche Klassenpreise einheimste und 1907 als Jahrgangsbester das Abitur bestand. An der heimischen Albert-Ludwigs-Universität schrieb er sich zum Wintersemester 1907 in den Fächern Archäologie, Bibelforschung und Patrologie ein, ehe er nach einigen Semestern zur Verbesserung seiner Berufsaussichten für das Lehramt an Gymnasien zur klassischen Philologie überwechselte. Das Semester vor dem ersten Staatsexamen, das Wohleb ebenfalls mit Auszeichnung ablegte, verbrachte er an der Universität in Greifswald. Dem burschenschaftlichen Wesen abhold, was er später auf sein ansehnliches demokratisches Freiheitsbedürfnis zurückführte, widmete sich Wohleb während seiner Studienzeit schüchtern den sozialen Problemen, indem er in Fabriken mit Arbeitern der christlichen und freien Gewerkschaften diskutierte. Einer seiner Vorbilder wurde dabei der Berliner Studentenseelsorger Dr. Carl Sonnenschein, der in seinem „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ das praktische soziale Engagement als Mittel zur Wiedergeburt des katholischen Menschen einforderte.

Nach dem Staatsexamen im Jahre 1912 absolvierte er das Referendariat in Freiburg, ehe der Lehramtspraktikant Wohleb ab 1914 am Bruchsaler Gymnasium eingesetzt war. Dort zeichnete er sich vor allem durch sein Geschick bei der nebenamtlichen Organisation der kommunalen Milch- und Käseversorgung aus, was dem kriegsuntauglichen Wohleb Sympathien im Karlsruher Unterrichtsministerium verschaffte. Unmittelbar vor Kriegsende wurde er als Sekretär in das Ministerium geholt (1918-1920), ehe er 1920 für zehn Jahre auf seine erste feste Stelle als Gymnasiallehrer an die Anstalt zurückkehrte, auf der er selbst zur Schule gegangen war.

In diesem Freiburger Jahrzehnt legte er den Grundstein für das hohe Ansehen, das er sowohl innerhalb der Schulverwaltung wie auch in der Welt der Wissenschaft und Forschung bald genießen sollte. Eine Untersuchung zur altchristlichen Literaturgeschichte sowie die Neubearbeitung der lateinischen Schulgrammatik von Schmalz/Wagner begründeten seinen Ruf als ebenso hervorragenden Schulmann wie Gelehrten. Zahlreiche weitere wissenschaftliche Aufsätze sowie eine umfangreiche wissenschaftliche Korrespondenz folgten.

Im Jahre 1924 heiratete er Maria, geb. Clorer (1894-1982), aus einem alten Breisacher Bürgergeschlecht.

Seine berufliche Laufbahn erreichte im Jahre 1930 ihren ersten Höhepunkt, als er vom badischen Kultusminister Adam Remmele, SPD, zum Direktor des Gymnasiums in Donaueschingen ernannt wurde. Dort setzte er neben seinen bekannt guten dienstlichen Leistungen vor allem als politischer Pädagoge in der Form Akzente, dass er bei zahlreichen Gelegenheiten – so als Festredner zur Rheinlandräumung (1930) oder zum Verfassungstag (1931) – seine Verbundenheit mit dem demokratischen Weimarer Regierungssystem unterstrich und sich werbend für demokratisches Engagement und gegen nationalistische Phrasen aussprach. Damit unterschied er sich von vielen seiner Berufskollegen, die äußerst distanziert dem parlamentarischen System gegenüber standen und sich bereitwillig als intellektuelle Vorkämpfer einer nationalsozialistischen Revolution betätigten.

Neben seinen unbestrittenen Qualitäten als Wissenschaftler und Pädagoge waren seine Verfassungs- und Systemtreue zweifelsohne die ausschlaggebenden Kriterien, die ihn für eine Führungstätigkeit im badischen Kultusministerium qualifizierten. Im September 1931 erfolgte die Versetzung als Referent für Gymnasien von Donaueschingen nach Karlsruhe und die Beförderung zum Oberregierungsrat. Dass eine solche Persönlichkeit, wiewohl parteipolitisch nicht aktiv, den neuen Herren, die ab 1933 in das Kultusministerium einzogen, zumindest suspekt war, verwundert nicht. Wohleb überstand allerdings den Machtwechsel zunächst auch deswegen unbeschadet, weil der so genannte Gleichschaltungsprozess im Kultusministerium in den ersten Monaten nach der Machtergreifung nicht mit der Konsequenz und Zielgerichtetheit voran getrieben wurde, wie in anderen Verwaltungszweigen. Anfang 1934 sollte sich dies gründlich ändern. Am 6. Februar 1934 erhielt Wohleb einen Anruf des NSDAP-Gauleiters und Reichsstatthalters Robert Wagers, in dem dieser von Wohleb Rechenschaft über eine vermeintliche Ungleichbehandlung der Hitler-Jugend gegenüber katholischen Jugendorganisationen einforderte. Wohleb, der seinen Gesprächspartner am anderen Ende der Leitung nicht erkannte, forderte seinerseits nähere Informationen von Seiten des Gesprächspartners ein. Heftige und erregte Vorwürfe wegen des ungebührlichen Verhaltens Wohlebs gegenüber einem hohen Repräsentanten der Partei folgten, mit der Konsequenz, dass ein weiteres Verbleiben des Gymnasialreferenten im Ministerium unmöglich wurde.

Die Versetzung auf die Direktorenstelle des Gymnasiums Hohenbaden in Baden-Baden – Bemühungen, Wohleb wieder in Donaueschingen unterzubringen, scheiterten am Widerstand der dortigen lokalen NSDAP – bedeutete noch einen glimpflichen Ausgang der Affäre, den Wohleb in erster Linie seinem Vorgesetzten im Ministerium, dem langjährigen Parteimitglied Herbert Kraft, zu verdanken hatte. Das Gymnasium Hohenbaden, mit seinen 180 Schülern eine kleine Anstalt, sollte bis 1945 dem geschassten Ministerialreferenten Unterschlupf bieten, immer misstrauisch beäugt von der lokalen NSDAP, teilweise auch überwacht von einigen wenigen Kollegen aus dem Kollegium. In seinem Lebenslauf für die Besatzungsbehörde schildert Wohleb seine Zeit in Baden-Baden wie folgt: An eine aktive politische Tätigkeit war demnach in den ersten Jahren in Baden-Baden nicht zu denken, zumal ich von der Post, wie ich vertraulich erfuhr, überwacht wurde, bald auch (1935) in dem Baden-Badener Beiblatt des 'Führers' wegen Begünstigung von Nichtariern und Halbariern angegriffen wurde und immer wieder Schwierigkeiten mit den sogenannten Hoheitsträgern hatte. Erst allmählich gewann ich Boden unter den Füßen, als die Schülerzahl des Gymnasiums wuchs, da die nicht nazistisch eingestellten Eltern ihre Kinder mit Vorliebe unserer Anstalt anvertrauten, und wir durch Aufführungen antiker Tragödien und die Leistungen der Schule auffielen. Ich begann 1938 oder 1939 Vorträge über Themen aus der griechisch-römischen Kultur- und Stadtgeschichte zu halten, die seitens der parteigegnerischen Kreise wegen ähnlichen, zeitgeschichtlichen Parallelen stark besucht wurden und die auch in den Kreisen der Zwangsparteimitglieder Beifall fanden.

Leo Wohleb leistete keinen aktiven Widerstand im klassischen Sinne des Wortes. Aber er widerstand den totalitären Verlockungen und hielt Distanz zu einer menschenverachtenden Politik, die sein geliebtes Vaterland in den Abgrund führen sollte.

Anfang April 1945 waren Wohlebs Tage als Schuldirektor und Privatmann gezählt. Als einer der wenigen unbelasteten Beamten des höheren Dienstes konnte er bereits wenige Wochen nach Kriegsende da anknüpfen, wo er 1934 hatte aufhören müssen, als Referent für Hochschulwesen in der neu etablierten Kultusverwaltung in Karlsruhe.

Die Planungen der drei alliierten Mächte Großbritannien, USA und Sowjetunion, sahen für den Fall der militärischen Niederlage Deutschlands die Aufteilung des Deutschen Reichs in drei etwa gleich große Besatzungszonen vor. Dies hatten sie noch einmal auf der Konferenz von Jalta im Januar 1945 präzisiert. Die provisorische französische Regierung, im August 1944 unter General de Gaulle gebildet, blieb nach diesen Planungen von einem gleichrangigen Mitspracherecht in den deutschen Angelegenheiten ausgeschlossen. Damit konnte und wollte sich Frankreich – in seinem Selbstverständnis erstes Opfer des Weltkrieges und damit neben der Sowjetunion erster Anwärter auf die zu erwartenden umfangreichen Reparationslieferungen – nicht abfinden. Schon der Name der an der Eroberung der französischen Ostprovinzen unter amerikanischem Oberbefehl teilnehmenden französischen Division unter General de Lattre de Tassigny „Rhin et Danube“ war Programm.

Anfang April überschritten französische Truppen bei Speyer und Philippsburg den Rhein und drangen tief nach Baden und nach Württemberg.

Zentrale Rollen in den militärisch-politischen Zielsetzungen de Gaulles spielten die beiden Landeshauptstädte Stuttgart und Karlsruhe. Mit diesen Faustpfändern in den Händen wollte der französische Regierungschef den Alliierten eine eigene Besatzungszone abtrotzen. Er erteilte deshalb de Lattre de Tassigny den Befehl, nach der Eroberung Karlsruhe Anfang April 1945 sich auch der württembergischen Landeshauptstadt vor den Amerikanern zu bemächtigen. Dies gelang; am 22. April übergab der Stuttgarter Oberbürgermeister die Stadt. Und de Gaulle schuf vollendete Tatsachen. Er richtete trotz des Protestes der Amerikaner in Karlsruhe und Stuttgart Militärregierungen ein und bemühte sich, für beide Länder jeweils eine einheitliche zivile Landesverwaltung ins Leben zu rufen. Landesdirektoren für Kultus, Justiz, Finanzen etc. wurden ernannt.

Die Amerikaner fanden sich mit der einseitig durch Frankreich vorgenommenen Abgrenzung der Besatzungszonen in Südwestdeutschland, die mit gültigen Absprachen in Widerspruch stand, nicht gänzlich ab. Unter Androhung massiven wirtschaftlichen Drucks gelang es ihnen, dass sich die französischen Truppen Anfang Juli 1945 hinter eine Linie südlich der Autobahn Karlsruhe-Ulm zurückzogen und ihnen damit die administrativen und wirtschaftlichen Zentren Württembergs und Badens, Karlsruhe und Stuttgart, überließen. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass der deutsche Südwesten von nun an nicht mehr durch eine historische Grenze in West und Ost, sondern entlang einer willkürlichen Linie, die lediglich dem verkehrstechnischen Kalkül der US-Militärbehörden entsprach, in Nord und Süd geteilt war. Die Amerikaner trugen dem insofern sehr rasch Rechnung, als sie ihre Teile der alten südwestdeutschen Ländern zwangsvereinigten und am 19. September 1945 das Land Württemberg-Baden proklamierten. Damit hatten Baden und Württemberg faktisch zu bestehen aufgehört.

Freiburg und Tübingen wurden Sitz französischer Militärregierungen, in den gleichen Städten etablierten sich unmittelbar darauf unter französischer Kontrolle stehende deutsche Verwaltungen. Leo Wohleb folgte dem Umzug der Kultusverwaltung, die sich für die französische Besatzungszone gebildet hatte, im September 1945 nach Freiburg. Eine schnelle Karriere in Verwaltung und Politik folgte. Schon im November 1945 stieß der neue Leiter des Hochschulreferats der Kultusverwaltung zum Christlich-Sozialen Volksbund, einer überkonfessionellen politischen Vereinigung. Wenige Tage darauf, am 20. Dezember 1945, entstand aus dem Volksbund und anderen im Lande selbständig gegründeten Vereinigungen die Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV) als badische Heimat- und Staatspartei mit Leo Wohleb als deren Landesvorsitzenden.

Knapp ein Jahr später, 3. Dezember 1946, ernannten ihn die Franzosen, nachdem die BCSV aus den ersten Wahlen als stärkste Kraft hervorgegangen war, zum Staatssekretär für Kultus und Unterricht und zum Präsidenten des Staatssekretariats. Am 24. Juni 1947 wurde er vom badischen Landtag zum Staatspräsidenten gewählt. Damit übernahm er die politische Verantwortung in einem Lande und unter Bedingungen, die keineswegs glänzend zu nennen waren. Vor allem die anfänglich rigide Wirtschaftspolitik der französischen Besatzungsmacht – Demontagen, Nahrungsmittelentnahmen, Holzeinschläge – stießen auf großes Unverständnis und Kritik in der Bevölkerung.

Allerdings bot die französische Demokratisierungspolitik breiten Spielraum für eine demokratische Neuordnung, der sich Wohleb und die von ihm geführte Verwaltung intensiv widmeten.

Bis 1952 sollte Leo Wohleb die Geschicke (Süd)Badens entscheidend prägen und einer breiteren Öffentlichkeit geradezu als Verkörperung des Landes bekannt werden. Denn das bis knapp an die Stadtgrenzen von Karlsruhe heranreichende Land Baden, das als Teil stolz den Namen des Ganzen führte, setzte nach eigenem Selbstverständnis die badische Geschichte fort und empfand sich als legitimer Erbe des alten Großherzogtums wie des Freistaats der Weimarer Republik.

Die Wiederherstellung Gesamtbadens und dessen Eigenstaatlichkeit zu fordern war logische Konsequenz aus dieser Positionsbestimmung, entsprach den föderalistischen Überzeugungen Wohlebs und hatte mit Separatismus, was ihm seine Gegner allzu häufig vorhielten, nichts zu tun.

Einem größeren Publikum – zumindest vom Namen her – bekannt geblieben ist Leo Wohleb im Zusammenhang mit der Badenfrage, die zwischen 1948 und 1952 politisch aktuell war und bis heute teilweise die Gemüter erhitzt.

Die in den ersten Nachkriegsjahren rasch anwachsende Ost-West-Spannung vereitelte eine Einigung der Siegermächte in der deutschen Frage. Seit Ende 1947 gaben die Amerikaner und Briten der Schaffung eines westdeutschen Staates durch den Zusammenschluss ihrer beiden Zonen mit der der Franzosen den Vorrang gegenüber ihren seitherigen Bemühungen um die Errichtung eines gesamtdeutschen demokratischen Staatswesens. Auf der Londoner Konferenz der Außenminister im Juni 1948 einigten sich die USA, Großbritannien und Frankreich auf die zukünftigen Linien einer gemeinsamen Besatzungspolitik. Am 1. Juli 1948 setzten die drei Militärgouverneure in Frankfurt am Main die elf Ministerpräsidenten der deutschen Westzonen durch die berühmten Frankfurter Dokumente davon in Kenntnis. Im Dokument Nr. 1 wurden sie aufgefordert, spätestens bis zum 1. September 1948 eine Verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen. Damit war die Entscheidung für einen westdeutschen Teilstaat unwiderruflich gefallen, auch wenn die Ministerpräsidenten, allesamt Anhänger einer gesamtstaatlichen Lösung, es zumindest erreichten, dem zu schaffenden Staatsgebilde den Charakter des Provisoriums zu geben. Aus diesem Grunde trat an die Stelle der Verfassungsgebenden Versammlung ein Parlamentarischer Rat, und die von diesem auszuarbeitende Verfassung erhielt die Bezeichnung Grundgesetz. Weit wichtiger in unserem Zusammenhang ist das Dokument Nr. 2. Es erteilte den Ministerpräsidenten den Auftrag, die nach Kriegsende und mit der Zerschlagung Preussens z.T. willkürlich gezogenen Ländergrenzen einer Überprüfung zu unterziehen und präzise Vorstellungen darüber zu entwickeln, welche Grenzänderungen erforderlich waren, um nach Flächen und Einwohnerzahlen unter sich möglichst ausgewogene Länder zu schaffen, die tragende Säulen des föderativen Systems abgeben konnten. Die Frist für die Überprüfung war mit zwei Monaten sehr kurz gesetzt. Schon bei den ersten nachfolgenden Besprechungen wurde deutlich, dass eine generelle Überprüfung aller Ländergrenzen innerhalb

dieser Zeit unmöglich war. Realisierbar erschien allein eine Neuregelung der Grenzverhältnisse im deutschen Südwesten, auch deswegen, weil hier ja ein von allen Regierungen im Südwesten konstatiertes Handlungsbedarfe bestand. In dem zwischen 1948 und 1952 ausbrechenden Südweststaatskampf, in seinen politischen Handakten wie in seinem Schriftwechsel äußerst dicht dokumentiert, scheiterte Leo Wohleb mit seinem Vorhaben der Wiederherstellung und Bewahrung der Eigenstaatlichkeit des ehemaligen Landes Baden. Zwar hatte die von ihm propagierte Traditionslösung in zwei Volksabstimmungen in Baden eine Mehrheit erhalten, was aufgrund der Zählungsarithmetik jedoch nicht reichte.

1952 ging das staatliche Eigenleben des Landes (Süd)Baden zu Ende, noch im selben Jahr ernannte Bundeskanzler Adenauer Leo Wohleb zum Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon.

Leo Wohleb erfüllte auch auf diesem Posten seine Pflicht, auch wenn er sich nicht wohl fühlte. Unmittelbar vor der beabsichtigten Rekreditierung begleitete Wohleb den portugiesischen Wirtschaftsminister auf einem Deutschlandbesuch, wo er am 12. März 1955 in Frankfurt am Main an den Folgen einer Thrombose verstarb. Leo Wohleb ist am 16. März 1955 auf dem Freiburger Hauptfriedhof in einem Staatsbegräbnis beigesetzt worden.

(QUELLE: [www_bad-bad.de_gesch_wohleb_hm](http://www.bad-bad.de_gesch_wohleb_hm))